

**An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Guido Rötzer
Hauptstr. 32**

63486 Bruchköbel

08.10.2019

Sehr geehrter Herr Rötzer,

die FDP Fraktion bittet darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Teilnahme an der Sicherheitsoffensive „KOMPASS“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Polizeipräsidium Südosthessen in Kontakt zu treten, um die Möglichkeiten zur Teilnahme an der Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) zu überprüfen.
2. Hieraus resultierende Ergebnisse (Möglichkeit der Programmteilnahme, grober Ablauf, beteiligte Akteure, Kosten und Aufwand) sollen der Stadtverordnetenversammlung zeitnah zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Begründung:

Die Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ – KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel – der Hessischen Landesregierung ermöglicht es Kommunen, mit Hilfe des Landes passgenaue Sicherheitskonzepte unter aktiver Beteiligung der Sicherheitspartner Kommune, Polizei, Bürgerschaft und weiterer gesellschaftlicher Organisationen und Verbände zu erarbeiten und umzusetzen. Gewalt und Kriminalität müssen durch eine konsequente Sicherheitsinitiative auch auf kommunaler Ebene bekämpft werden, um das Sicherheitsempfinden der Menschen zu stärken. Kommunen, die sich unter Anleitung der bei den hessischen Polizeipräsidien angesiedelten „KOMPASS“ - Spezialisten diesem Programm anschließen und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum umsetzen, erhalten das entsprechende Siegel und sorgen damit aktiv für die Sicherheit der Bürger vor Ort.

Durch die gezielte Analyse von Problemen und Schwerpunkten vor Ort lassen sich auf der Grundlage einer fundierten Betrachtung Projekte entwickeln, die insbesondere auch im Bereich der Prävention und der Beseitigung von Angstpotentialen das individuelle Sicherheitsgefühl der Bürger aktiv stärken. Modellhafte Maßnahmen im Rahmen von „KOMPASS“ liegen vor allem im präventiven Bereich, beispielsweise zu nennen sind die Projekte des „Schutzmanns vor Ort“, die engere Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Landespolizei, Sicherheitsberatung für Jugendliche und Senioren, städtebauliche Kriminalprävention mit dem Gütesiegel „Sicher Wohnen“, Maßnahmen der Verkehrserziehung, Extremismus-Prävention, Aufklärungsprogramme wie „HaLT“ oder auch Cybercrimefachberatung.

Für die FDP Fraktion


S. Braun